

Es war nicht die Größe Deutschlands, sondern seine Unberechenbarkeit, die die Welt seit hundert Jahren immer wieder in Unruhe versetzte.

Wilhelm Hennis

Wie deutsch wird Deutschland?

Der Weg zur staatlichen Einheit von Bundesrepublik und DDR ist gleichermaßen mit großen Hoffnungen wie mit erheblichen Unsicherheiten und Besorgnissen gepflastert. Nicht zuletzt eine Sorge artikuliert sich mehr oder weniger ausdrücklich sowohl im Ausland wie auch in den beiden deutschen Staaten: Führt die Überwindung der als Folge des Zweiten Weltkriegs und der ideologisch-machtpolitischen Gegensätze zwischen den Siegermächten entstandenen Zweistaatlichkeit zu einem *Wiederaufleben des deutschen Nationalismus*? Wird das flächen- und bevölkerungsmäßig vergrößerte Deutschland zu einem selbstbezogenen, eigene Interessen dezidiert vertretenden Nationalstaat mit einem ausgeprägten Nationalbewußtsein? Die spontane Euphorie angesichts der Öffnung der innerdeutschen Grenze im vergangenen Herbst, die Gefühlsaufwallung der ersten Wiedersehensfreude nach jahrzehntelanger Trennung und Auseinanderentwicklung ist vorbei. Jetzt muß sich zeigen, welche Mentalitäten im vereinigten Deutschland zwischen Rhein und Oder wirklich bestimmend werden, wie sich das Zusammenwachsen auf das Selbstverständnis der Deutschen auswirkt.

Die Geschichte wiederholt sich nicht zwangsläufig

In der *Bundesrepublik* ist seit einigen Jahren die Frage nach der nationalen Identität, nach Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Geschichte in verstärktem Maß virulent geworden. Das hat nicht nur der „Historikerstreit“ von 1986/87 gezeigt, bei dem unter großer öffentlicher Anteilnahme um die Bewertung des Nationalsozialismus und die Einordnung der Verbrechen des Dritten Reichs in die deutsche Geschichte gestritten wurde. Er war allerdings in seinen Frontstellungen durchaus symptomatisch für die Diskussionslage überhaupt. Während

die einen, seien es Politiker, Intellektuelle oder Wissenschaftler, auf die Notwendigkeit eines identitätsstiftenden Geschichtsbewußtseins verwiesen, das nicht nur auf die nationalsozialistischen Verbrechen und ihre Vorgeschichte im deutschen „Sonderweg“ fixiert sein dürfe, und für einen „geläuterten Patriotismus“ plädierten bzw. den Mangel an Nationalgefühl in der Bundesrepublik beklagten, dominierten auf der anderen Seite die Warnung vor neuen Tendenzen zur Harmonisierung und Verdrängung im Geschichtsbild und die Absetzung von nationalstaatlichen Denktraditionen zugunsten eines bundesrepublikanischen „Verfassungspatriotismus“.

Zweifellos erhält das in den letzten Jahren gestiegene Interesse an der deutschen Geschichte durch Zusammenwachsen und Vereinigung von Bundesrepublik und DDR ebenso einen kräftigen Schub wie die Beschäftigung mit der nationalen Identität. Schließlich liegen für Bundesbürger die Dome von Naumburg und Halberstadt, die Wartburg und das Weimarer Goethehaus am Frauenplan jetzt nicht mehr in einem nur mit einigem bürokratischen Aufwand zugänglichen Land, sondern werden zu normalen Ausflugszielen. Nachdem die Barriere des kommunistischen Systems gefallen ist, rückt ihnen der bislang politisch-ideologisch abgetrennte und weithin fremd gewordene andere Teil Deutschlands mit seiner Vergangenheit und seiner geistig-kulturellen Physiognomie zwangsläufig näher auf den Leib, verändern sich die in den letzten Jahrzehnten selbstverständlich gewordenen geographischen und historischen Koordinaten.

Die DDR-Bürger wiederum können und müssen sich Geschichte und Kultur Deutschlands jenseits der bisher von Amts wegen vorgeschriebenen ideologischen Scheuklappen und der verkrampten Bemühungen um eine „sozialistische Nationalkultur“ neu aneignen. Daß manche von ihnen das jetzt durch den Zusammenbruch der verordneten marxistischen Ideologie entstandene Vakuum gerade

auch durch den Rückgriff auf Nationalbewußtsein und nationale Tradition zu füllen versuchen, kann nicht wundernehmen. Im übrigen sind die Bewohner der DDR – ohne dafür etwas zu können – in den vergangenen Jahrzehnten in vieler Hinsicht „deutscher“ geblieben als die Bundesbürger. Die fehlenden Reise- und Kontaktmöglichkeiten mit dem westlichen Ausland, der Rückstand bei der Modernisierung von Infrastruktur, Industrie und Dienstleistungen gegenüber der Bundesrepublik und die forcierte Pflege des nationalen „Erbes“ durch Staat und Partei haben jeweils auf ihre Weise dazu beigetragen.

Das alles bedeutet allerdings nicht, daß ein vereintes Deutschland unvermeidlich in die Fußstapfen des verhängnisvollen deutschen Nationalismus treten muß, der maßgeblich zur Destabilisierung der europäischen Ordnung Ende des letzten und Anfang unseres Jahrhunderts beitrug, sich für die Weimarer Republik als schwere Belastung erwies und schließlich in seiner völkisch-aggressiven Extremform die nationalsozialistischen Verbrechen ermöglichte. Es gibt keinen historischen Determinismus, wonach aus der Vereinigung der beiden nach 1945 entstandenen deutschen Staaten zwangsläufig ein neues „Deutsches Reich“ in der Tradition von 1871 oder gar ein „Viertes Reich“ hervorgehen müßte. Ebenso wenig gibt es ein „deutsches Wesen“ mit gleichbleibend aggressiven und chauvinistischen Zügen, die nur auf eine passende Gelegenheit warten, um wieder in voller Stärke loszubrechen und Unheil anzurichten. Immer noch verbreitete Klischeebilder vom „häßlichen Deutschen“ dürfen die grundlegenden Veränderungen der deutschen politischen Kultur seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nicht verdecken.

„Zwischen dem deutschen und dem demokratischen Geist gibt es keine Vermittlung“ – so der Philosoph *Max Wundt* in einem 1918 veröffentlichten Aufsatz. Er sprach seinerzeit vielen aus der Seele. Es galt weithin als ausgemacht, daß ein tiefer Graben zwischen den Werten und Verfahrensweisen der westeuropäischen Demokratie und dem deutschen Verständnis von Staat und Kultur klaffe, daß die deutschen „Ideen von 1914“ in einem diametralen Gegensatz zu den „Ideen von 1789“ stünden. Diese Vorstellung von einer *spezifisch deutschen politischen Berufung*, von einem deutschen Sonderweg gegenüber der als westlich und damit letztlich artfremd denunzierten Demokratie ist heute längst obsolet, wird in der Bundesrepublik nirgendwo ernsthaft oder mit Aussicht auf breitere Resonanz vertreten. Daran dürfte sich auch bei einer Vereinigung von Bundesrepublik und DDR nichts Entscheidendes ändern.

Im Gegenteil: Ein Movens der Systemveränderung in den bisher kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas war und ist ja gerade der Wunsch nach dem *Anschluß an Verständnis und Praxis der Demokratie* in der westlichen Hälfte des Kontinents, die Absage an Einparteienherrschaft, umfassende staatliche Kontrolle und ideologische Bevormundung. Das gilt auch für die DDR, auch wenn sich dort das Verlangen nach Rechtsstaatlichkeit, Demo-

kratie und Pluralismus sehr schnell – verständlicherweise – mit dem Ruf nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten verband.

Nicht zu übersehen sind auch die Unterschiede zwischen dem *Umfeld*, in dem sich die Eruptionen des deutschen Nationalismus bis 1945 abspielten, und den Bedingungen, unter denen die Deutschen heute die staatliche Einheit von Bundesrepublik und DDR bewerkstelligen. Weder ist Europa wie vor 1914 vom Neben- und Gegeneinander mehrerer Mächte geprägt, die in z. T. wechselnden Koalitionen auf dem eigenen Kontinent und in Übersee um Einfluß und Machtsphären ringen, noch leidet Europa in einer mit der Zwischenkriegszeit vergleichbaren Weise unter einer explosiven Mischung von Wirtschaftskrise, politischer Instabilität, nationalen Spannungen und Revancheabsichten. Vielmehr ist heute durchweg die Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus“ maßgebend, auch wenn in vieler Hinsicht noch unklar ist, wie das künftige Europa nach dem Ende des die Nachkriegszeit bestimmenden Ost-West-Gegensatzes strukturiert sein wird. Die Bereitschaft, zugunsten supranationaler Instanzen auf nationale Gestaltungs- und Verfügungsmöglichkeiten zu verzichten, ist zwar unterschiedlich groß; die grundsätzliche Offenheit für ein weiteres Zusammenwachsen der europäischen Staaten auf der Grundlage gemeinsamer Werte und politischer Ordnungsvorstellungen besteht aber quer durch den Kontinent. Das gilt nach wie vor gerade für die Bundesrepublik. Auch der künftige eine deutsche Staat soll nach dem Willen aller maßgeblichen Kräfte in der Bundesrepublik wie in der DDR fest in Europa verankert sein und sich aktiv am weiteren Aufbau des „gemeinsamen Hauses“ beteiligen.

Die Vereinigung wirft dennoch Probleme auf

Im übrigen dürfte auch der Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung zunächst wenig Raum für nationalen Überschwang und neues gesamtdeutsches Selbstbewußtsein lassen. Schließlich sind dabei viele rechtliche Fragen zu bewältigen, wirft die Angleichung des Wirtschafts- und Sozialsystems der DDR an das der Bundesrepublik erhebliche Folgeprobleme auf, müssen in vielen Bereichen auf absehbare Zeit Sonderregelungen für das Gebiet der DDR geschaffen werden. Ohne Kontroversen und Friktionen sowohl in der heutigen DDR wie in der Bundesrepublik wird dieser Prozeß nicht ablaufen. Gerade die DDR-Bürger dürften auf absehbare Zeit mit der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen genug zu tun haben. Der Ruf nach „Deutschland, einig Vaterland“ ist eine Sache, der Umgang mit Chancen und Problemen der Vereinigung eine andere.

Ein gut Teil der in- und ausländischen Befürchtungen, die derzeit im Blick auf die Auswirkungen einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten an die Wand gemalt werden, ist psychologisch zwar verständlich, aber in der Sache wenig stichhaltig oder mindestens *übertrieben*. Den-

noch bedeutet die staatliche Einheit von Bundesrepublik und DDR eine *geschichtliche Zäsur*, deren Verarbeitung sowohl für die Deutschen selber wie für ihre europäischen Nachbarn ernstzunehmende Fragen und Probleme aufwirft. Schließlich verändert sich damit in der traditionell besonders sensiblen Mitte Europas die staatliche Landkarte, geht für Deutschland die von der Zweistaatlichkeit bestimmte Nachkriegszeit zu Ende.

Vom „erwachenden deutschen Riesen“ sprach die englische katholische Wochenzeitschrift „The Tablet“ unlängst in einem Kommentar zur Entwicklung in Deutschland und zitiert (auf deutsch) den Slogan „Wir sind wieder wer“ als Kurzformel für ein zu erwartendes neues deutsches Selbstbewußtsein. Zweifellos wird das wirtschaftliche und auch das politische Gewicht eines vereinten Deutschland größer sein als das der heutigen Bundesrepublik. Daraus könnte sich durchaus die Versuchung zum Auftrumpfen, zum Auspielen dieses Gewichts im Umgang mit den europäischen Partnern ergeben, zumal ja die Position sowohl der Sowjetunion wie der Vereinigten Staaten in Europa schwächer werden dürfte. Deshalb wird es entscheidend darauf ankommen, wie sich das neue Deutschland darstellt und auf den verschiedenen außenpolitischen Handlungsfeldern verhält. Nicht daß ein vereintes Deutschland dabei keine eigenen Interessen haben oder vertreten dürfte. Es muß diese aber mit der erforderlichen Bereitschaft zur Integration, Kooperation und zum Interessenausgleich verfolgen, unter Berücksichtigung seiner spezifischen, aus geographischer Lage, Geschichte und ökonomischem Gewicht resultierenden Verantwortung.

Kein Nachholbedarf an nationaler Selbstdarstellung

Vor allem vor seiner jüngeren *Geschichte* kann ein vereintes Deutschland noch weniger davonlaufen als die bisherige Bundesrepublik und die DDR. Das heißt aber, daß gerade dieses vereinte Deutschland zu den Verpflichtungen stehen muß, die sich aus den nationalsozialistischen Verbrechen ergeben, und darum bemüht sein muß, die Erinnerung an diese Untaten, ihre Ursachen und Auswirkungen wachzuhalten. Dazu gehört nicht zuletzt die Abgrenzung gegenüber Strömungen und Gruppen, die sich diese Last durch Verharmlosung, Relativierung und nationales Pathos vom Hals schaffen wollen. Demokratische und pluralistische Gemeinwesen haben und brauchen kein einheitliches, offiziell kanonisiertes Geschichtsbild. Aber es ist nicht unerheblich, welche Deutung der eigenen Geschichte in einem vereinten Deutschland dominiert und meinungsbildend ist. Nicht nur ein Verständnis der deutschen Geschichte, das diese auf eine Folge von Überheblichkeiten und Katastrophen reduziert, ist problematisch. Fatal wäre auch eine Renaissance „kleindeutscher“ Geschichtsdeutung, in der der deutsche Nationalstaat (in Gestalt des Bismarckreiches) zum natürlichen Zielpunkt der historischen Entwicklung erhoben wurde.

Sowenig wie ein einlinig-verkürztes Geschichtsbild braucht das vereinte Deutschland ein *verkrampftes Bemühen um deutsche Identität*. Schon aus praktischen Gründen wird der deutsche Staat aus Bundesrepublik und DDR über Jahre hinweg in hohem Maß mit sich selbst beschäftigt sein. Käme dazu noch eine geistige Selbstbezogenheit, ein ständiges Kreisen um die eigene Nation und ihre Besonderheiten oder gar eine emotionale Verklärung alles „Deutschen“, könnte das zu einem engstirnigen Provinzialismus führen. Auch an *nationaler Selbstdarstellung* hat ein vereintes Deutschland eigentlich keinen Nachholbedarf. Es ist ein sympathisches Markenzeichen der Bundesrepublik, daß sie um ihren Staat bisher wenig Aufhebens machte, sich anders als die DDR nicht mit Paraden, mit einer Flut von Orden und Auszeichnungen oder anderen patriotischen Akten zelebrierte. Es wäre gut, wenn sich der deutsche Staat vom Rhein bis zur Oder in dieser Hinsicht an den bundesrepublikanischen Gepflogenheiten orientieren würde.

Das heißt ganz und gar nicht, daß es im vereinten Deutschland nichts gäbe, worauf seine Bürger stolz sein könnten. Das Stichwort vom Verfassungspatriotismus weist hier in die richtige, auch gesamtdeutsche Richtung: Die Bundesbürger konnten und können stolz darauf sein, daß sie in einem funktionierenden rechtsstaatlichen und demokratischen Gemeinwesen leben. Die DDR-Bürger können darauf stolz sein, daß sie mit ihrer friedlichen Revolution die grundlegenden demokratischen Freiheiten erkämpft haben. Die deutsche Einheit ist *kein Wert an sich*, wohl aber ist die von einer Mehrheit gewünschte und jetzt absehbare Vereinigung der beiden deutschen Staaten *eine* legitime Form, in der alle ihre Bürger von diesen Freiheiten in Zukunft Gebrauch machen können. Wenn der neue deutsche Staat vor allem in dieser Perspektive gesehen wird, ist das eine gute Garantie gegen überzogene nationale Gefühle.

Eine entscheidende Bewährungsprobe dürfte dabei der *Umgang der Deutschen mit den Fremden in ihrem Land* sein. In der Bundesrepublik (wie in anderen europäischen Ländern) tun sich viele Bürger und viele ihrer politischen Repräsentanten immer noch schwer mit der Tatsache, daß sie zwar nicht in einer „multikulturellen Gesellschaft“, wohl aber in einer Gesellschaft mit Minderheiten anderer Herkunft, Kultur und Religion leben und verstärkt leben werden. DDR-Bürger waren mit diesem Problem bisher nur in bescheidenem Maß konfrontiert und neigen deshalb vielfach zu massiven Abwehrreaktionen. Es ist gut, wenn von bundesdeutschen Politikern immer wieder betont wird, es gehe nicht um ein „deutsches Europa“, sondern um ein „europäisches Deutschland“. Soll es dabei aber nicht bei Sonntagsreden bleiben, müssen die Konsequenzen einer solchen Orientierung akzeptiert und den Bürgern vermittelt werden. Gerade ein vereinigtes Deutschland wäre schlecht beraten, würde es bei aller Bereitschaft zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit letztlich doch auf nationalstaatliche Enge setzen.

Ulrich Rub